

# Schönburger Tageblatt

## und Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 G.-M. freibl., auschl. Trägerl. Einzelne Nr. 10 Goldpf., Sonntags-Nr. 20 Goldpf. Anzeigenpreise: 6 Gesp. Petitzeile 0,15 Goldmark, u. außerhalb des Bezirkes 0,20 Goldmark, 3 Gesp. Reklamezeile 0,45 Goldmark, Hinweise auf Anzeigen und Eingekaufte 0,10 Goldmark, Nachweise und Offertengelder 0,20 Goldmark, Rabatt nach Tarif. Schmälerer Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8. Postkontonummer Nr. 4436. Bankkonto: Vereinsbank zu Goldbach Filiale Waldenburg. Städtische Waldenburg. Abgabe gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwingender Unterbrechung der Rechnungsperiode wird jeder Nachschuß in Rücksicht.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, künftige u. Gemeinde-Verordnungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen. Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsvereins (S. V.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obertgasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Eise; in Wollenburg bei Herrn Pinus Friedemann; in Penzig bei Firma Wilhelm Dähler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Ritzken.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Auslieferung, Maschinenbruch, Emissionen im Betrieb der Druckerei oder sonstiger Art hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder auf Erstattung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Zugleich weit verbreitet in den Ortsschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwintel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 19

Freitag, den 23. Januar 1925

47. Jahrgang.

## Eine neue Kanzlerrede im Reichstag.

### Parler Gilberts Bericht.

#### Die Gefahren der Nichträumung.

Parler Gilbert hat der Reparationskommission erklärt, daß die Ausführung des Sachverständigenutachtens durch Deutschland einen außerordentlich befriedigenden Verlauf nehme. Gilbert wies dabei auf die Tatsache hin, daß Deutschland bisher 22 Millionen Goldmark an die Alliierten zu viel gezahlt habe. Auf die politische Situation ging der Generalagent nicht näher ein. Er hob jedoch hervor, daß der neue Reichskanzler Dr. Luther die Ausführung des Dawes-Gutachtens im vollen Umfange zugesichert habe.

Obwohl Gilbert es ablehnte, sich zu den politischen Fragen zu äußern, wies er doch darauf hin, daß die Nichträumung des Kölner Brückentopfes die Ausführung des Dawes-Gutachtens beträchtlich erschwere.

Die Unterbringung der 16 Milliarden-Eisenbahn-Obligationen und der 5 Milliarden-Industrieverschreibungen wurde nicht näher erörtert, jedoch glaubt man, die Industrieverschreibungen innerhalb der nächsten sechs Monate auf dem Weltmarkt unterbringen zu können. Gilbert wird Sonnabend nach Berlin zurückkehren und erst wieder in zwei Monaten in Paris Bericht erstatten.

### Der Schieber-Sumpf.

#### Kreditswindereien bei der Leipziger Stadtbank.

Kein Tag vergeht, ohne daß neue Kredit- und sonstige Schiebung aufgedeckt werden. So berichten die Leipziger Neuesten Nachrichten über Unregelmäßigkeiten bei der Leipziger Stadtbank:

Es haben mehrere in wichtigen Stellungen befindliche Beamte gemeinsam gegen die allgemeinen Dienstvorschriften sowie gegen die besonderen Vorschriften gehandelt und einer Firma fortlaufend Kredit gewährt und dieses, ebenfalls im Gegensatz zu den bestehenden Vorschriften, mehrere Monate verheimlicht und erst nachträglich, als die der Firma gewährten Kredite große Beträge ausmachten, eingestanden. Der größte Teil der gewährten Kredite dürfte wieder hereinkommen, aber ein Verlust von 50 000 bis 200 000 Reichsmark ist möglich. Die beiden hauptsächlich belasteten Beamten sind sofort ihrer Posten enthoben worden, gegen sie ist ein Disziplinarverfahren eröffnet worden. In Leipzig geht das Gerücht um, daß es sich um Beträge von etwa einer halben Million Reichsmark handeln solle.

#### Kraftwagen - Trotsche fragen!

Vor dem Großen Schöffengericht Tempelhof wird in den nächsten Tagen ein Strafverfahren gegen den Generaldirektor Fritz Trotsche, den bekannten Automobilhelfer, und eine Reihe von Privatpersonen und Beamten zur Verhandlung kommen. Es soll sich dabei um Vorgänge handeln, die sich bei der Bewertung von dem Reichsverwertungsamt abgestoßenen Kraftwagen aus Heeresbeständen zugetragen haben. Insbesondere sollen Automobile auf Grund von Bescheinigungen für schwerbeschädigte zu billigen Preisen verkauft worden sein, die aber in den Besitz des Trotscheschen Unternehmens übergegangen sind.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

Im preussischen Landtag kam es gestern gelegentlich einer Rede des Ministerpräsidenten Braun zu erregten Auftritten, als er erklärte, daß der Zusammenbruch denen zuzuschreiben sei, die zum Kriege gehen hätten. Es kam zu minutenlangen stürmischen Protestkundgebungen der Rechten, die schließlich den Saal verließ, um erst zurückzukehren, als der Ministerpräsident seine Ausführungen beendet hatte.

Die Abstimmung über die Anträge auf Billigung der Regierungserklärung, sowie über das Mißtrauensvotum im Reichstag soll auf Grund einer Verständigung im Allertat heute Donnerstag Abend stattfinden.

Die Nationalsozialisten fordern die Beschlagnahme der Darmatgelber. Die Beträge sollen zur Linderung der sozialen Not verwendet werden.

In einer Pazifistenversammlung in Mannheim kam es während einer Rede v. Berlags zu schweren Tumulten, die zu einer Schlägerei ausarteten.

Noch ein Nachspiel zum Magdeburger Prozeß. In einer kleinen Anfrage nationalsozialistischer Abgeordneter im preussischen Landtag wurde darüber Beschwerde geführt, daß der Landgerichtsdirektor Kroner in Berlin dem Magdeburger Schöffengericht, das Landgerichtsdirektor Dr. Beyerndorff leitete, öffentlich vorgeworfen habe, er habe sich in dem sogenannten Ebertprozeß einer „jammervollen, schamlosen, feigen, verächtlichen Konklusion“ schuldig gemacht. Wie hierzu jetzt von der Regierung mitgeteilt wird, hat der Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht I in Berlin die öffentliche Klage wegen Beleidigung gegen den Landgerichtsdirektor Kroner erhoben. Inzwischen ist das Hauptverfahren vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte eröffnet worden. Nach rechtskräftiger Erledigung des Strafverfahrens wird die Angelegenheit im Disziplinarwege weiter verfolgt werden.

Die Schwierigkeiten bei der Aufwertung der Anleihen. Wie der „Deutsche Handelsdienst“ erfährt, fand im Finanzministerium eine zweite Beratung mit den Vertretern der Banken und Bankiers statt, die vor einigen Tagen bei der ersten Beratung auf die technischen Schwierigkeiten hingewiesen hatten, die sich bei einer Aufwertung der Reichsanleihen nach dem Zeitraum des Erstehens ergeben müßten. Diese technischen Schwierigkeiten bildeten auch bei der wiederholten Beratung den Grund, aus dem heraus die Bankvertreter die Übernahme der Aufwertungsarbeiten nicht übernehmen zu können glaubten. Bindende Beschlüsse wurden von Seiten der Bankvertreter noch nicht gefaßt, doch hat die Finanzverwaltung gewisse Erleichterungen in Vorschlag gebracht, auf die die Bankvertreter sich schriftlich äußern werden.

Hauptmann a. D. v. Heydebreck verhaftet. Wie die Presseabteilung der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung mitteilt, ist der frühere Reichstagsabgeordnete Hauptmann a. D. v. Heydebreck heute vormittag in seiner Berliner Wohnung verhaftet worden. Von Heydebreck wurde von der Staatsanwaltschaft in Benthien auf Veranlassung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik wegen Beteiligung an den Anschlägen des Hitlerputsches im November 1923 in Obereschleien entstandenen Unruhen gesucht.

Der Preussische Staatsrat nahm in seiner ersten Sitzung im Jahre die Wahl des Vorstandes vor. Als Präsident wurde der Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer, als Vizepräsidenten Graef (Soz.) und Halensleben (Arbeitsgemeinschaft), als Schriftführer von Meibom (Arbeitsgemeinschaft) und La-Grange (Soz.) wiedergewählt. Dr. Adenauer übernahm darauf den Vorsitz und gedachte der Verlängerung der Befragung der nördlichen Rheinlandzone und der Übernahme westpreussischer Orte an der Weichsel durch die Polen. Es wurde feierlicher Protest erhoben und die Reichsregierung gebeten, sich mit aller Kraft für die Erfüllung des Versailler Vertrages einzusetzen.

Auch Deutschland soll ein neues Konkordat abschließen. In Kreisen des Vatikan wird mitgeteilt, daß auf Grund der Unterzeichnung des Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhl und Bayern der päpstliche Nuntius Pacelli sich demnächst nach Berlin begeben wird, um mit der Reichsregierung wegen der Unterzeichnung eines Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhl und Deutschland Verhandlungen anzuknüpfen. Das neue Konkordat soll an die Stelle des zwischen dem päpstlichen Stuhl und Preußen abgeschlossenen treten.

#### Belgien.

Die Kammer begann die Beratung über die Einführung des Frauenstimmrechts. Man rechnet mit einer Niederlage der Regierung und mit Ausschreibung der Neuwahlen.

Die Gesegentwürfe über die Aufwertung und die Steuer-gesetzgebung sind fertiggestellt.

Der Reichsauditor zur Untersuchung der Darmataffäre tritt am Sonnabend zusammen.

Wegen großen Lärms der Kommunisten mußte gestern die Reichstagsitzung unterbrochen werden.

Im preussischen Landtag verließ die Rechte bei einer Rede des Ministerpräsidenten Braun den Saal.

Bei der Leipziger Stadtbank wurden große Unregelmäßigkeiten bei der Kreditgewährung festgestellt.

Der Vatikan will auch mit Deutschland ein Konkordat abschließen.

In England wird eine neue Revolution befürchtet.

Anstelle Trotsch soll sein bisheriger Mitarbeiter Frenze zum Volkskommissar des Kriegs ernannt werden.

Japan will die Sowjetregierung anerkennen.

Waldenburg, 22. Januar 1925.

Eifersüchtig wacht man in Amerika darüber, daß sich die Vereinigten Staaten nicht allzusehr in die europäischen Verhältnisse einmischen. So hat die Unterzeichnung des Pariser Finanzabkommens und die jetzt vorhandene Beteiligung Amerikas an den deutschen Reparationszahlungen in Washington eine Art von Palastrevolte zur Folge gehabt. Man sieht auf den ersten Blick, daß Amerika, wenn es Anteil nimmt an den deutschen Zahlungen, auch eine gewisse Verantwortung hat für das geregelte Einlaufen der Gelder - und daß damit Amerika noch fester an europäische Verhältnisse gekettet ist, als das die moralische und geschichtliche Verantwortung für den Dawesplan hätte tun können.

Amerikas Vertreter in Paris war Herr Kellogg. Gegen ihn wendet sich der Vorsitzende des amerikanischen Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, der Senator Borah, im Verein mit dem Senator Johnson. Kellogg wird gestützt vom Präsidenten Coolidge selbst und vom Staatssekretär Hughes. Coolidge hat sogar den Mut, dem Senat die Regelung dieser Sache aus der Hand zu nehmen, indem er die Abmachungen Kelloggs auf der Finanzministerkonferenz nicht als einen Vertrag ansieht, zu dessen Annahme die Genehmigung des Parlaments notwendig wäre. Das Bedeutungsvollste der Opposition gegen das Pariser Abkommen ist die Tatsache, daß die Gegner sich gegen diese Vereinbarungen und damit gegen den Präsidenten Coolidge selbst nicht von Seiten der Demokraten, sondern von der republikanischen Partei selbst äußern. Und mit Interesse wird man das Schicksal Kelloggs verfolgen müssen, der zum Nachfolger des Staatssekretärs Hughes auszuweichen war. Kellogg soll in Paris den anfänglichen Vorbehalt bei seiner Unterschrift, die Wahrung aller amerikanischen Rechte, im letzten Augenblick fortgelassen haben, und bei der bekannten amerikanischen Sorge vor allzu großer Bindung in Europa wird man ihm dies sicher übernehmen.

Uns Deutschen kann es an sich gleichgültig sein, wie das aus uns herausgepreßte Geld verteilt wird. Für uns konnte es nur angenehm sein, daß Amerika nicht als unverantwortlicher Zuschauer eine doch ausschlaggebende Rolle spielte. Wir mußten es begrüßen, daß sich Amerika durch seine Zustimmung zu den Pariser Beschlüssen auch an das Dawesabkommen band. Wir waren nur verwundert, daß Amerika um den Preis von etwa 14 Millionen Dollar jährlich de facto sich zum Nutznießer auch an der Ruhrbefragung machte, nachdem Amerika in allen anderen Fragen der Befragung sich deutlich von England und besonders von Frankreich entfernt gehalten hatte. Auch amerikanische Zeitungen haben sich wenig liebenswürdig über diesen Punkt geäußert. Wir können also ruhig abwartend der Entwicklung der Dinge in Washington zusehen.

Es wird abzuwarten sein, wie sich das Verhalten Kelloggs, der als einer der besten Europäer der Vereinigten Staaten gilt, auswirkt. Ob Herr Kellogg von den französischen Diplomaten überlistet worden ist, oder ob er durch konkrete Dinge sich ihnen ausgeliefert hat. Es erscheint undenkbar, daß Kellogg die Pariser Beschlüsse annahm in Verfolg einer konsequenten Linie der wieder beginnenden Einmischung Amerikas in Europa. Dazu ist die Angst Amerikas vor dem „europäischen Hahnenkampfsplatz“ doch zu groß.